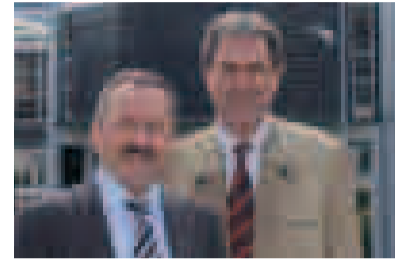


Ausstieg aus der Kernenergie: Große Herausforderung, aber auch eine Chance **Seite 2**



Stabile Netze für die Zukunft: „Die Arbeit beginnt erst jetzt“ **Seite 3**



Abschied nach 38 Jahren im Kernkraftwerk **Seite 4**

Liebe Leserin, lieber Leser,

wir möchten Ihnen mit unserer Nachbarschaftszeitung Einblick stets fundierte Hintergrundinformationen liefern. Die Wochen und Monate nach den Ereignissen von Fukushima waren für uns äußerst turbulent. Sich ständig neu ergebende Sachlagen machten es uns schwer, Ihnen belastbare Fakten zu bieten. Daher erhalten Sie erst heute wieder eine neue Ausgabe der Einblick. Wir hoffen, Ihnen zukünftig wieder in gewohnter Regelmäßigkeit interessante Themen aus der Energiewirtschaft näher bringen zu können. Ihr Redaktionsteam

Mitarbeiter schreiben an Ministerpräsident

Klare Worte an die Politik

Die Mitarbeiter des KKI haben ihrem Ärger über den neuen Energiekurs der CSU Luft gemacht: Bei der traditionellen Klausurtagung des Parteivorstands im Kloster Andechs überreichte – begleitet von reichlich Medienwirbel – Norbert Islinger als Vertreter des Betriebsrats insgesamt mehr als 6.000 Briefe von Mitarbeitern aus der Kernenergie an Ministerpräsident Horst Seehofer und CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt. Die Botschaft: „Hören Sie damit auf, in unserer Bevölkerung die Angst und das Misstrauen gegenüber der Kernenergie zu schüren und steigen Sie stattdessen endlich in eine sachliche, objektive und europaweite Diskussion ein!“

REAKTORSICHERHEITS-KOMMISSION

Keine Grundlage für einen überhasteten Ausstieg

Die Sicherheitsüberprüfung anlässlich des Moratoriums lieferte keine technische Grundlage für einen überhasteten Ausstieg aus der Kernenergie. Diese Entscheidungen wurden aus politischen Gründen getroffen. Das Sicherheitskonzept und der Betrieb kerntechnischer Anlagen in Deutschland wurden anlässlich des Unglücks in Japan untersucht. Der Bericht der Reaktorsicherheits-Kommission belegt das hohe Sicherheitsniveau deutscher Kernkraftwerke – auch des KKI. Die deutschen Anlagen weisen sowohl deutlich höhere Sicherheitsreserven im Bereich Naturereignisse als auch eine wesentlich robustere Stromversorgung auf, als dies gesetzlich verlangt wird. Der Bericht widerspricht der vielfach verbreiteten These, dass ältere Meiler grundsätzlich schlechter gegen Störanfälligkeit ausgelegt seien als neuere Anlagen.



Nach der Entscheidung der Bundesregierung wird das KKI2 bis 2022 am Netz bleiben. Das KKI1 (graues Gebäude, rechts hinten im Bild) ist seit 17. März abgeschaltet.

ENERGIEVERSORGUNG DER ZUKUNFT

Eine Wende und viele Herausforderungen

Innerhalb kurzer Zeit soll die Energieversorgung umgestellt werden und gleichzeitig eine sichere und kostengünstige Stromversorgung gewährleistet werden.

Enorme Infrastrukturprojekte werden notwendig sein, um den Umbau zu ermöglichen. Die Akzeptanz bei den Bürgern für diese Großprojekte wird einer der Schlüsselfaktoren sein, die zum Gelingen notwendig sind. Bisher spürt der Stromverbraucher die Auswirkungen durch die Abschaltung von acht Kernkraftwerken nicht.

Die mit dem Moratorium erwirkte Abschaltung deutscher Kernkraftwerke (und auch des KKI 1) belastet aber die Stabilität der Stromnetze. Die angespannte Situation im Netz hat dazu geführt, dass die Instandhaltung der Höchstspannungsnetze ausgesetzt und die Revision in manchen Kraftwerken verschoben werden musste. Deutschland wurde über Nacht vom Stromexporteur zum Importeur.

Strom schafft Komfort in unserem Lebensumfeld, aber 70 Prozent des in Deutschland erzeugten und nach Deutschland importierten Stroms braucht die Industrie. Netzinstabilitäten können vor allem für Unternehmen weit reichende Folgen haben – ebenso wie die unausweichlichen Strompreiserhöhungen in den nächsten Monaten und Jahren. Jeder Cent Preiserhöhung pro Kilowattstunde belastet die Jahresergebnisse der Unternehmen, insbesondere die der stromintensiven Industrie wie beispielsweise der Papierindustrie.

In Prognosen geht der Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e. V. (VIK) – abhängig vom Jahresverbrauch – von bis zu 55 Millionen Euro Zusatzkosten pro Unternehmen

Fortsetzung auf Seite 4

Verpasste Chance

Eine Energiewende mit Nutzung der Kernenergie als Brückentechnologie – dies war bis zu den Ereignissen in Japan eine tragfähige Formel für die deutsche Energiepolitik der Zukunft. Deutschlands Kernkraftwerke waren und bleiben auch nach Fukushima die sichersten der Welt. Einen rationalen Grund und eine plausible Erklärung, acht deutsche KKW in einer Ad-hoc-Entscheidung quasi über Nacht abzuschalten gab und gibt es nicht. Es bleibt die Frage: Wurden bei diesem politischen „Schnellschuss“ wirklich alle Folgen bedacht, die dieser Schritt für die Verbraucher, für die Wirtschaft im globalen Wettbewerb und die Umwelt bringt?



Kernenergie hat als einzige Energiequelle das Potenzial, Gegenwart und Zukunft der Energieversorgung zu überbrücken. Doch große Veränderungen brauchen ihre Zeit. Man kann die Brücke deshalb nicht nach Belieben kürzen, weil eine zu kurze Brücke Ufer nicht mehr verbindet. „Viele, die heute die Energiewende ausrufen, werden irgendwann in 20 oder 30 Jahren mit Sicherheit nicht mehr zur Verantwortung gezogen, wenn sie misslingt“, sagte der britische Energieforscher Professor Ian Bryden. Wohl wahr: Die Folgen der überhasteten Ausstiegsentscheidung wird nicht mehr die Regierung von heute, sondern werden künftige Generationen tragen müssen.

Ihr Dr. Erwin Fischer

ENERGIEWENDE

Große Herausforderung, aber auch eine Chance

Deutschland will beim Übergang in das Zeitalter der Erneuerbaren Energien zum Vorreiter werden.



In den nächsten Jahrzehnten soll die Energieversorgung in Deutschland komplett umgebaut werden. „Der Weg ist für Deutschland eine große Herausforderung“, sagte die Bundeskanzlerin vor dem Deutschen Bundestag. Gleichzeitig bedeute er aber auch riesige Chancen für künftige Generationen – für Exporte, neue Technologien und Arbeitsplätze. „Für diesen Strom der Zukunft brauchen wir eine neue Architektur unseres Energiewesens“, erklärte die Kanzlerin. Der Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie ist eine Entscheidung mit weitreichenden Auswirkungen – und eine Kraftanstrengung für die gesamte Gesellschaft.

Auswirkungen auf die Strompreise

Das Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) schätzt, dass ein schneller Ausstieg aus der Kernkraft und die notwendigen Investitionen

den Verbraucher in den nächsten 10 Jahren ca. 230 Milliarden Euro kosten werden. Bereits 2011 werden die Stromverbraucher mit 13,6 Milliarden Euro den Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützen – mehr als doppelt so viel wie 2009. Der beschleunigte Ausstieg lässt diese Kosten in den nächsten Jahren weiter wachsen. Der Preis für CO₂-Zertifikate, die alle Betreiber von fossilen Kernkraftwerken zum Ausgleich für zusätzliche Umweltbelastungen brauchen, wird sich deutlich erhöhen. Nach Schätzung der Deutschen Bank allein von unter 16,50 Euro zum Jahresanfang auf 21 Euro bis Dezember 2011.

Auswirkungen auf die Umwelt

Der Bund der deutschen Industrie (BDI) rechnet mit rund 20 Millionen Tonnen zusätzlichen CO₂-Emissionen pro Jahr. Das macht die Erfüllung der von der Bundesregierung definierten Klimaschutzziele schwieriger.

Auswirkungen auf die Staatseinnahmen

Der Bundesfinanzminister rechnet mit 200 Millionen Euro weniger Einnahmen aufgrund der künftig sinkenden Kernbrenn-

stoffsteuer. Offen ist auch die weitere Finanzierung des Energie- und Klimafonds. Aufgrund der Abschaltung der Kernkraftwerke erfolgte die letzte Ratenzahlung im März. Weitere Zahlungen sind ausgesetzt. Ungewiss ist die Höhe der Entschädigungsforderungen der KKW-Betreiber wegen der gesetzlich verfügbaren KKW-Stilllegung, die allen bestehenden Verträgen widerspricht.

Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit

Im Bereich der Kraftwerke wird ein umfangreicher und schneller Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken notwendig, die nach Vorstellung der Politik die Produktionslücke nach Abschaltung der KKW schließen sollen. Dies könnte vor allem in Anbetracht der Bürgerproteste in Deutschland im Zeitrahmen bis 2020 eine große Herausforderung werden. Offen ist auch, wer diese neuen Anlagen bauen wird. Durch die enorm hohe Förderung und Priorität von Wind- und Sonnenstrom bei der Einspeisung würden solche Kraftwerke nur bei Spitzenverbrauch ans Netz geschaltet. Für potenzielle Investoren ist der Neubau und Betrieb solcher fossiler Kraftwerke deshalb wenig attraktiv. Deutschland ist durch die Abschaltung der

ersten acht Kernkraftwerke in den vergangenen Monaten vom Stromexporteur zum Stromimporteur geworden. Vor allem die Strommengen, die Deutschland aus Tschechien und Frankreich bezog, sind deutlich angewachsen. In beiden Ländern ist Kernenergie ein fester und wichtiger Bestandteil im nationalen Energie-Mix.

Die über Jahrzehnte sensibel ausjustierte Stabilität der deutschen Stromnetze ist nach Einschätzung der Deutschen Netzagentur (DNA) gefährdet. Der Zeitrahmen für den dringenden Ausbau der Netze ist angesichts von Bedenken in der Bevölkerung gegen neue Stromtrassen sehr ambitioniert (siehe Interview rechts).

Chance für die Zukunft

Die Herausforderungen erscheinen auf den ersten Blick riesig. Sicherlich aber muss man auch in Betracht ziehen: auf lange Sicht bietet die Energiewende für Deutschland auch gewisse Chancen – beispielsweise in der beschleunigten Entwicklung und Anwendung neuer Technologien. Die Bundesrepublik könnte damit weltweit zum Vorreiter werden und das neu gewonnene Know-how ins Ausland exportieren.

Das aktuelle Zitat

» Deutschland wird zum Versuchsraum für den beschleunigten Umstieg auf erneuerbare Energien. Was wir lernen, wollen wir in die Welt tragen. «

Dr. Johannes Teysen
Vorstandsvorsitzender der E.ON AG,
am 27. Juni in einem Interview mit
der „Financial Times Deutschland“.

DEUTSCHLAND

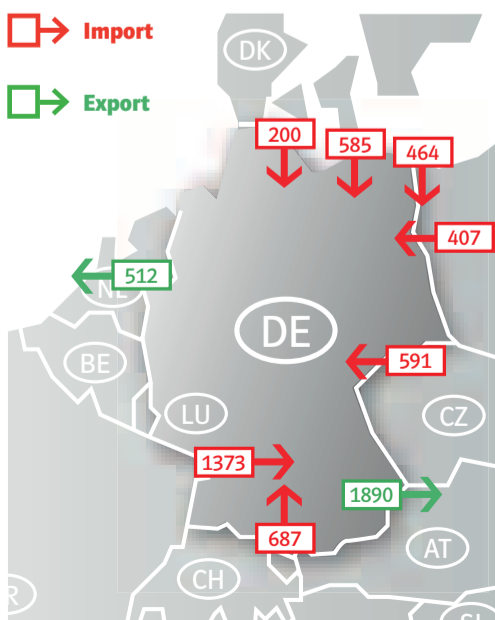
Über Nacht
zum Importeur

Mit der Abschaltung von acht Kernkraftwerken ist Deutschland über Nacht vom Stromexporteur zum Importeur geworden: als Beispiel der 11. Juli, vormittags. 4.299 Megawatt fließen aus den Nachbarländern nach Deutschland.

Zeitgleich exportiert die Bundesrepublik 2.402 Megawatt – in diesem Beispiel vor allem ins kernkraftfreie Österreich (1.890 MW) und nach Großbritannien.

Die Fakten zu den Stromlieferungen kann jeder im Internet sehr detailliert nachlesen auf der Website des Verbunds der europäischen Übertragungsnetzbetreiber www.entsoe.net.

Nach einer Registrierung stehen dort alle Daten kostenfrei und für jeden zugänglich zur Verfügung.

**Der Zeitplan für den Ausstieg**

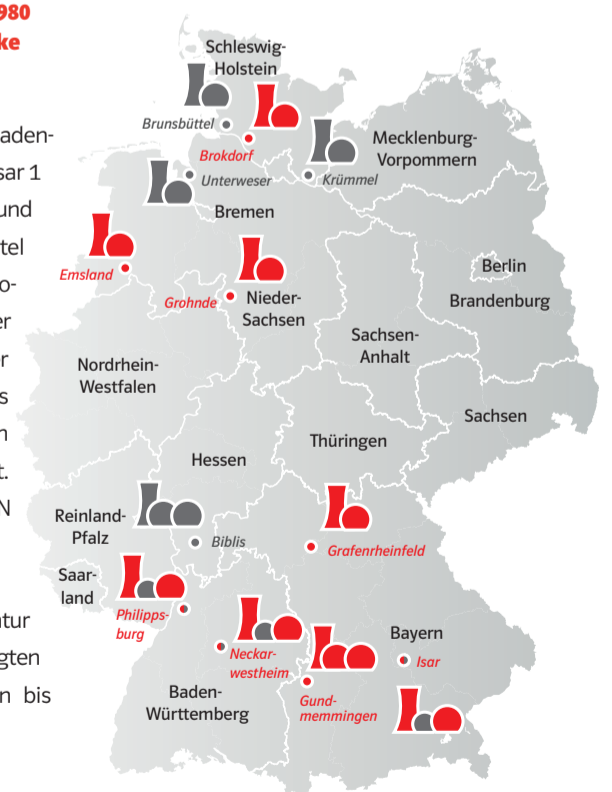
Von der Sofortabschaltung zu Beginn des Moratoriums im März waren alle vor 1980 in Betrieb genommenen Kernkraftwerke betroffen:

Neckarwestheim 1, Philippsburg 1 (Baden-Württemberg), Biblis A und B (Hessen), Isar 1 (Bayern), Unterweser (Niedersachsen) und das ohnehin stillstehende AKW Brunsbüttel (Schleswig-Holstein). Auch nach dem Moratorium gingen die Anlagen nicht wieder ans Netz. Zudem bleibt als achter Meiler das 1983 ans Netz gegangene und bereits seit 2009 abgeschaltete AKW Krümmel in Schleswig-Holstein vom Netz getrennt. Zwei der acht Anlagen werden von E.ON betrieben: Isar 1 und Unterweser.

Bis September soll die Bundesnetzagentur entscheiden, ob eines der acht stillgelegten AKW für den Fall von Stromengpässen bis 2013 in Bereitschaft gehalten wird.

Der vorläufige Zeitplan für die Stilllegung der verbliebenen neun Kernkraftwerke:

2015 Grafenrheinfeld, 2017 Gundremmingen B, 2019 Philippsburg 2, 2021 Grohnde, Brokdorf und Gundremmingen C sowie 2022 Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland.



Kernkraftwerke in Betrieb
Kernkraftwerke seit März vom Netz

AUSBAUPLÄNE

Stabile Netze für die Zukunft: „Die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt“

Nach Schätzungen der Deutschen Energie-Agentur ist der Neubau von rund 4.400 Kilometern neuer Höchstspannungsnetze notwendig, um die Energiewende umzusetzen – eine riesige Herausforderung.

Diplom-Ingenieur Martin Fuchs ist als Geschäftsführer des Übertragungsnetz-Betreibers TenneT verantwortlich für rund 11.000 Kilometer Höchstspannungsleitungen in Deutschland. Im Interview wirbt er dafür, das Tempo der Energiewende an die Geschwindigkeit des Netzausbaus anzupassen.

E.ON Einblick: Herr Fuchs, gehen in diesem Winter in Deutschland die Lichter aus, da nun wohl endgültig feststeht, dass acht Kernkraftwerke nie wieder ans Netz gehen werden?

Martin Fuchs: Die Netzsituation war schon im Frühsommer sehr angespannt. Im Winter wird sie auf Kante genäht sein. Wir werden als Übertragungsnetzbetreiber viele Maßnahmen ergreifen müssen, um die Netzsituation stabil zu halten. Eine stabile Netzsituation ist kein Selbstläufer. Wir sind übereinstimmend mit der Bundesnetzagentur der Ansicht, dass im Winter in kalten Abendstunden die Stromversorgung ernsthaft gefährdet sein könnte, wenn

beispielsweise auch Frankreich wegen einer Kältewelle nicht aushelfen könnte. Im Notfall müssten wir dann vielleicht sogar Großverbraucher abschalten, damit das Netz nicht zusammenbricht.

E.ON Einblick: Mit der neuen Gesetzeslage von Ende Mai steht der Fahrplan für den Ausstieg aus der Kernenergie weitgehend fest. Setzt die Politik mit einer zu schnellen Energiewende die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland aufs Spiel?

Martin Fuchs: Die Politik will das sicherlich nicht. Sie verspricht ja, dass gleichzeitig der Netzausbau beschleunigt wird, dass man die Erneuerbaren stärker dem Wettbewerb aussetzt, damit die Umlage für die Erneuerbaren Energien (EEG-Gesetz) von heute 3,5 Cent je Kilowattstunde für Haushaltskunden nicht noch weiter ansteigt, dass Ersatzkraftwerke zugebaut werden und dass man mit einer Art Monitoringprozess den Umbau unserer Energieversorgung begleiten will, um bei Fehlentwicklungen gegensteuern zu können.



Wenn das alles realisiert wird – und ich betone: ‚Wenn‘ – dann ist das auch alles zu verantworten. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass man nicht nur eine Jahreszahl für den Ausstieg festlegt, sondern zugleich deutlicher auflistet und kommuniziert, welche Maßnahmen Voraussetzungen sind, um das Ziel erreichen zu können. Wir haben zwar ein Ziel definiert, aber es ist noch längst nicht klar, ob wir den Weg dorthin auch schaffen. Die eigentliche Arbeit beginnt

jetzt erst. Die Politik muss jetzt die Rahmenbedingungen schaffen, die wir für den enormen Netzausbau benötigen. Es muss unbürokratischer werden als bisher und wir brauchen die Akzeptanz in der Bevölkerung. Ob uns das gelingt, da sind angesichts der Erfahrungen aus der Vergangenheit Zweifel erlaubt.

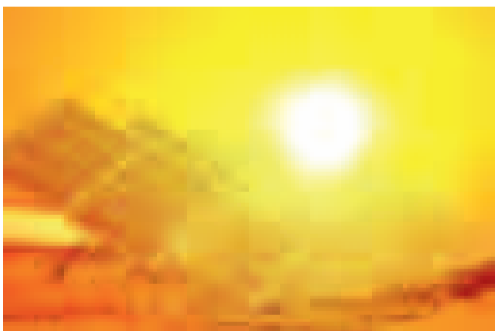
E.ON Einblick: Das geplante Netzausbaubeschleunigungsgesetz soll das ja nun alles ändern. Teilen Sie den Optimismus der Politiker?

Ich bin noch nicht überzeugt, weil wir durch das geplante gestufte Vorgehen mit Netzentwicklungsplan und Netzbedarfsplan möglicherweise noch längere Abstimmungswege haben werden als bisher. Es droht die Gefahr, dass die Bürokratie nicht weniger, sondern sogar mehr wird. Positiv ist, dass die Fristen, die im Gesetzentwurf vorgesehen sind, sehr kurz sind. Wenn die wirklich eingehalten werden, dann könnte das Netzausbaubeschleunigungsgesetz die Erwartungen erfüllen. Positiv beurteile ich auch die Absicht, der Bundesnetzagentur eine zentrale Rolle als Entscheidungsinstanz zuzuweisen. Nach meinen Erfahrungen mit der Netzagentur wird die in der Regel schnell entscheiden. Das bringt uns aus Konfliktsituationen heraus, wie wir sie heute in einigen Bundesländern haben.

Das ausführliche Interview mit Martin Fuchs können Sie in der aktuellen Ausgabe des Magazins „Streitfragen“ des BDEW nachlesen unter www.bdew.de.

Milliarden für die Energie-Forschung von morgen

Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft: Nur mit intensiver Forschung, Entwicklung und Förderung der neuen Technologien lässt sich die Energiewende umsetzen.



Bis zum Jahr 2050 soll jede zweite in Deutschland erzeugte Kilowattstunde aus Erneuerbaren Energien stammen. Das stellt die gesamte Energiewirtschaft vor große Herausforderungen: Wie kann es gelingen, die Netzstabilität in Zeiten großer Schwankungen bei Energiequellen wie Sonne oder Windanlagen zu garantieren? Wie werden die intelligenten Stromnetze der Zukunft, die „Smart Grids“, in der Praxis aussehen? Wie lassen sich gro-

ße Energiemengen aus regenerativen Quellen speichern, um sie bei Bedarf abrufen zu können? Die Bundesregierung stellt in einem Forschungsförderprogramm bis Ende 2014 rund 3,5 Milliarden Euro zur Verfügung, um Antworten auf die großen Fragen der Energieversorgung von morgen zu finden.

„Die energiepolitischen Ziele können nur mit intensiver Forschung, Entwicklung und Förderung neuer Technologien erreicht werden. Die Bundesregierung setzt im Energieforschungsprogramm mit den Themen Erneuerbare Energien und Energieeffizienz die richtigen Schwerpunkte für die nächsten Jahre“, sagte Hildegard Müller, die Vorsitzende der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft

(BDEW). Entscheidend sei nach wie vor die Integration der Erneuerbaren Energien. Innovationen bei Erzeugung, Speicherung und Transport von Elektrizität müssten es ermöglichen, den wachsenden Anteil fluktuierender Erzeugung marktgerecht einzubinden.

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft fordert zusätzlich bessere Rahmenbedingungen für Innovationen bei den Energieversorgern. Beispielsweise müssten die Netzbetreiber künftig beim Thema Smart Grids sowohl bei den Investitionen, als auch bei der Forschung und Entwicklung unterstützt werden. Dies betreffe insbesondere die Verteilnetzebene. Mit Blick auf den Einsatz von Energiespeichern sollte eine Regelung getroffen werden, die deren Erprobung und Einsatz fördere.

Das aktuelle Zitat

» Die Energiewende erfordert eine internationale Einbindung. Gleichzeitig baut der schnelle Atomausstieg Deutschlands aber darauf, dass andere Länder dies nicht nachmachen. Würde beispielsweise Frankreich mit ähnlich hohem Tempo aus der Kernenergie aussteigen wollen, könnten keine Exporte mehr nach Deutschland zur Sicherung der Stromversorgung stattfinden.

« **Dr. Hubertus Bardt** ist stellvertretender Leiter des Wissenschaftsbereiches Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik sowie Leiter des Kompetenzfeldes Umwelt, Energie, Ressourcen, am Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.

Fortsetzung von Seite 1

aus. Stromintensive Unternehmen, wie etwa Aluminiumhersteller oder die Papierfabriken, könnten gezwungen sein, Betriebsstätten in Deutschland zu schließen und ihre Fertigungen am Rande der EU und in Asien auszubauen. „Die Politik hat im Eiltempo vollendete Tatsachen geschaffen“, kommentierte der Vorstandschef des Chemieriesen Bayer. Wesentliche Herausforderungen müssen dabei gemeistert werden: Welche Energieträger sollen künftig die Systemstabilität garantieren, wenn dies die Kernenergie nicht mehr leisten darf? Welchen Stellenwert hat der Klimaschutz zukünftig in Deutschland?

Die Infrastruktur für den Stromtransport muss in einem nie dagewesenen Umfang um- und ausgebaut werden. Wie schaffen wir die notwendige Akzeptanz bei den Bürgern, die die Folgen der Energiewende in vielerlei Hinsicht mittragen müssen: sei es über gestiegene Stromkosten oder wenn in der Nachbarschaft neue Hochspannungsleitungen oder Stromspeicher entstehen sollen. Ohne diese Zustimmung kann ein solcher Kraftakt nicht gelingen. Dabei müssen die Konsequenzen für Industrie und Bürger offen angesprochen werden. Denn klar ist: Den Umbau der Energieversorgung gibt es nicht zum Nulltarif.

BÜRGERMEISTER IM INTERVIEW

„Die Folgen werden wir alle spüren“

Abschaltung von KKI1: Die Bürgermeister der beiden Standortgemeinden Niederaichbach und Essenbach rechnen mit negativen Folgen für die Region.

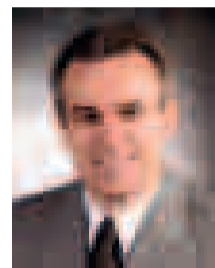


„Für mich ging der Ausstieg zu schnell. Ich bin der Meinung, dass der Ausstieg forciert werden sollte – dagegen habe ich nichts – aber die Entscheidung, die die Politik hier

getroffen hat, war ein Schnellschuss“, sagt der Niederaichbacher Bürgermeister Josef Haselbeck.

Er macht deutlich: „Die Bundespolitik hat ja nicht einmal das Moratorium abgewartet, daher ist die Entscheidung für mich so nicht richtig. Der Essenbacher Rathauschef Fritz Wittmann sagt, es müsse sicher sein, dass sich der Strom tatsächlich mit Erneuerbaren Energien erzeugen lässt, wenn Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Stromim-

porte aus dem Ausland lehnt er ab. „Diesen einseitigen Sicherheitsgedanken – nur Deutschland schaltet ab, in den anderen Ländern ändert sich faktisch nichts – kann ich nicht nachvollziehen“, erklärt der Essenbacher Bürgermeister und ergänzt:



„Ich beobachte eine große Hektik, die in Deutschland diesbezüglich an den Tag gelegt wird, ich würde mir wünschen das Thema mehr sachlich, weniger politisch orientiert in Angriff zu nehmen.“

Beide Bürgermeister rechnen durch die Abschaltung mit spürbaren wirtschaftlichen Konsequenzen. „Neben dem Verlust von Arbeitsplätzen wird

auch die Gewerbesteuer sinken“, sagt Wittmann. Niederaichbachs Rathauschef Haselbeck fügt hinzu, dass viele kleine und mittelständische Betriebe in der Region direkt betroffen seien, weil für sie ein wichtiger Auftraggeber wegfällt. „Darüber bin ich persönlich sehr enttäuscht“, sagt das Gemeindeoberhaupt. Die Einschätzung der Bürgermeister kann der Technische Leiter des KKI, Dr. Erwin Fischer, nur bestätigen: „Das Auftragsvolumen für Firmen in der Region wird sich deutlich verringern, das Gewerbesteueraufkommen sinken.“ Das Stammpersonal werde allerdings auch weiterhin im KKI1 gebraucht. Deutlich sinken werde aber die Zahl der bisher rund 300 Mitarbeiter externer Dienstleister im KKI, da ihre Aufgaben – wie Wartungs- und Prüfarbeiten – zum großen Teil wegfallen. Mehr über die Leistungsbi-lanz des KKI1 und die weiteren Auswirkungen der Abschaltung lesen Sie in der nächsten Ausgabe.

Jetzt mitmachen!

Großes Gewinnspiel

Wenn Sie die drei folgenden Fragen richtig beantworten, nehmen Sie an der Verlosung teil. Die Lösungen finden Sie in den Textbeiträgen dieser Ausgabe der Einblick. Senden Sie bitte Ihre Antwortpostkarte mit Absender, Telefon sowie Nummern der Fragen und Buchstaben der richtigen Antworten bis spätestens 7. Oktober 2011 an: E.ON Kernkraft GmbH, Kernkraftwerk Isar, Stichwort „Gewinnspiel“, Postfach 1126, 84049 Essenbach.

1. Welcher Anteil der Stromproduktion in Deutschland soll bis 2050 aus Erneuerbaren Energien stammen?

A. 20 Prozent B. 50 Prozent C. 100 Prozent

2. Wann soll nach derzeitigen Beschlüssen das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz gehen?

A. 2022 B. 2024 C. 2026

3. Welche Summe stellt die Bundesregierung bis Ende 2014 zur weiteren Erforschung der Erneuerbaren Energien zur Verfügung?

A. 35 Mio. Euro B. 350 Mio. Euro C. 3,5 Mrd. Euro

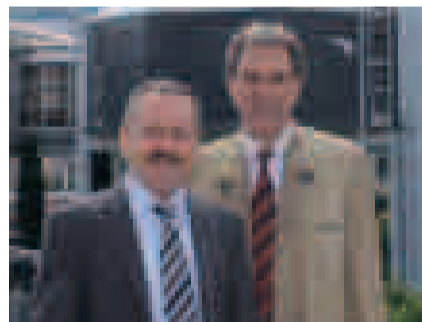
Gewinnen Sie einen der tollen Preise des großen Einblick-Preisrätsels:

1. Preis: ein exklusiver, ultrakompakter elektronischer Bilderrahmen, 2. Preis: eine hochwertige digitale Wetterstation mit Prognose-Funktion, 3. – 5. Preis: je zwei Karten für das kleine Theater Landshut

Kurz notiert

Abschied nach 38 Jahren im Kernkraftwerk

Ein Mann der ersten Stunde geht von Bord: Nach 38 Dienstjahren wurde Gerhard Biller (rechts), der stellvertretende Technische Leiter des KKI, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Sein Nachfolger ist Sebastian Wittmann, Produktionsleiter von Block 1.



„Wasserspaß“ mit E.ON-Power

Der Kinderhort in Wörth ist um eine Attraktion reicher: eine Wasserspielanlage im Wert von 3.000 Euro. Das Besondere: Im Rahmen seines sozialen Engagements für die Nachbarn übernahm E.ON nicht nur die Kosten für den „Wasserspaß“, sondern auch den Aufbau. Im Rahmen des Programms „Tatsachen schaffen“ tauschten sechs KKI-Mitarbeiter aus dem Personalwesen Kostüm und Anzug gegen Schutzhelm und All-Wetter-Kleidung und machten sich in ihrer Freizeit an die Arbeit. Trotz strömenden Regens stand die neue Anlage nach sechs



„Schichtwechsel“ für die Gesundheit

Die Gesundheit der Mitarbeiter nimmt das KKI seit jeher sehr ernst. Zwei Betriebsärzte kümmern sich um die Beschäftigten – jetzt gab es einen ungewöhnlichen Schichtwechsel.

Seit 1976 war der Niederaichbacher Mediziner Dr. Gerhard Liebl für die Mitarbeiter im KKI da. Jetzt – nach 35 Dienstjahren – geht er in den verdienten Ruhestand. Ein Nachfolger ist längst gefunden: sein Sohn Dr. Martin Liebl. „Es ist schon ungewöhnlich, wenn heutzutage eine Landarztpraxis vom Vater an den Sohn übergeht, dass aber auch die anspruchsvollen Sonderaufgaben übertragen werden, ist eine absolute Rarität“, sagte Kraftwerksleiter Dr. Erwin Fischer. Wie sein Vater absolvierte auch Dr. Martin Liebl die Zusatzausbildung zum Facharzt für Arbeitsmedizin. Gemeinsam mit Dr. Johannes Wittmann aus Oberahrein wird er nun das Wirken seines Vaters fortführen. Der sagte einmal in

einem Interview: „Ich kenne keine Betriebsmannschaft, die im Durchschnitt gesünder ist als die des KKI.“



Dr. Erwin Fischer, Technischer Leiter des KKI; die Mediziner Dr. Martin und Dr. Gerhard Liebl; Christian Reilein, Kaufmännischer Leiter des KKI sowie Klaus Huber, Betriebsratsvorsitzender im KKI (von links)

Sportlicher Sommerhöhepunkt

Die Veranstaltung hat lange Tradition und war auch in diesem Jahr wieder ein Höhepunkt im Sportkalender der Region: der E.ON Tennis Cup in Wörth. Zur feierlichen Eröffnung gab es ein besonderes Doppel.

Dr. Erwin Fischer (rechts), der Technische Leiter des KKI, und Schirmherr Christian Reilein (2. von rechts), der Kaufmännische Leiter des Kraftwerks, traten gegen die Bürgermeister von Wörth und Niederaichbach, Daniel Sporer (2. von links) und Josef Haselbeck (links) an.



Impressum

Nachbarschaftszeitung des Kernkraftwerks Isar
 Kontakt: E.ON Kernkraft GmbH, Kernkraftwerk Isar, Informationszentrum, Johann Seidl, Postfach 1126, 84049 Essenbach, Telefon: 08702/382465
 Herausgeber: E.ON Kernkraft GmbH, 30457 Hannover
 Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Petra Uhlmann unter Mitarbeit von Johann Seidl, KKI
 Gestaltung: NewsWork Communication & Publishing AG, Regensburg, www.newswork.de

